

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 5 4 / 2 0 2 4 / A N

Antragsteller: CDU
Antragsdatum: 29.05.2024

Federführung:
Dezernat I, Personal und Organisationsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Einrichtung einer Stelle zur Prävention von politischem
und religiösem Extremismus**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	04.07.2024	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0054/2024/AN

Briefkopf des Antragstellers:

CDU-Gemeinderatsfraktion



CDU-Gemeinderatsfraktion, Rathaus, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg

Prof. Dr. Nicole Marmé, Vorsitzende
Werner Pfisterer, 1. stv. Vors.
Martin Ehrbar, stv. Vors.
Thomas Barth
Dr. Jan Gradel
Matthias Kutsch
Otto Wickenhäuser

Heidelberg, 29.05.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates am 04.07.2024 stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Einrichtung einer Stelle zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg möge beschließen:

1. Einrichtung einer Stelle zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus:

In der Stadtverwaltung Heidelberg wird eine neue Stelle geschaffen, die sich der Prävention von politischem und religiösem Extremismus widmet. Diese Stelle soll Strategien zur Eindämmung von Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus entwickeln und als Ansprechpartner für Opfer und Hinweise fungieren.

2. Aufgaben und Zuständigkeiten:

- Entwicklung und Umsetzung von Präventionsstrategien gegen politischen Extremismus.
- Kooperation mit Schulen, sozialen Einrichtungen und anderen relevanten Akteuren zur Aufklärung und Prävention.
- Unterstützung und Beratung von Opfern extremistischer Gewalt und Bedrohung.
- Sammlung und Analyse von Hinweisen und Berichten zu extremistischen Aktivitäten in Heidelberg.

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Extremismus.
- Enge Zusammenarbeit mit Polizei und Sicherheitsbehörden.

3. Hintergrund:

Angesichts der zunehmenden Vorfälle von politischem Extremismus während der Wahlkämpfe und der allgemeinen Lage in Deutschland, wie der geplante Angriff auf die Synagoge in Heidelberg, ist die Schaffung dieser Stelle dringend erforderlich. Extremistische Übergriffe und Gewalt nehmen in besorgniserregendem Maße zu, und es ist notwendig, auf kommunaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit und das friedliche Zusammenleben in Heidelberg zu gewährleisten.

gezeichnet CDU-Fraktion